

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers  
für das Erzgebirge ist  
gesetzlich vorgeschrieben.  
— Erscheinungstag: Freitag  
— Erscheinungstag: No. 22.

Veröffentlichung des Anzeigers  
für das Erzgebirge ist  
gesetzlich vorgeschrieben.  
— Erscheinungstag: Freitag  
— Erscheinungstag: No. 22.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 18

Freitag, den 22. Januar 1932

27. Jahrgang

# Deutschland gegen ein zweites Hoover-Jahr

## Sonderungen des englischen Botschafters — Frankreich und Lausanne

Berlin, 20. Jan. Aus London liegen Nachrichten vor, nach denen die englische Regierung durch ihren Berliner Botschafter bei der Reichsregierung hat Sondierungen lassen, ob Deutschland mit einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums durch ein zweites Feiertagsjahr einverstanden sein würde. Das ist den englischen Informationen zufolge von Dr. Brüning abgelehnt worden. Diese Darstellung dürfte den Tatsachen entsprechen.

Es ist richtig, daß Sir Horace Rumbold am gestrigen Dienstag eine längere Unterredung mit dem Kanzler gehabt hat. Eine andere Antwort, als die Dr. Brüning ihm gegeben hat, konnte er schon deshalb nicht bekommen, weil die Verlängerung des Hoover-Jahres nur eine Maßnahme sein würde, die im Rahmen des Youngplans bleibt und die Lösung erneut für längere Zeit hinausdrückt. Außerdem würde ein zweites Hoover-Jahr die Uebernahme weiterer deutscher Verpflichtungen bedeuten. Die Sachverständigen, die ja schließlich auch von Frankreich mißverstanden worden sind, haben aber ausdrücklich festgestellt, daß Deutschland nicht zahlen kann, daß die Initiative zur Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten über den Youngplan hinausgehen müsse und daß Gefahr im Verzuge ist. Sie haben die Regierungen kategorisch aufgefordert, so schnell wie möglich zu handeln. Dieser Bericht der Sachverständigen muß für die weitere Entwicklung maßgebend sein, wenn es gelingen soll, die Welt über die Krise hinwegzubringen. Bis zum Ablauf des Hoover-Jahres, also bis zum 1. Juli, sind es noch über fünf Monate. Das ist nach deutscher Auffassung eine ausreichende Zeit, um eine vernunftgemäße Lösung herbeizuführen, die die Verlängerung des Feiertagsjahres überflüssig machen würde.

Seider läßt es Frankreichs Haltung aber immer zweifelhafter erscheinen, ob die Konferenz von Lausanne zu dem vorgesehenen Zeitpunkt beginnen kann. Die Wahl von Lausanne entspricht dem französischen Vorschlag, dem England und schließlich Deutschland zugestimmt haben, obgleich namentlich die Reichsregierung gern einen anderen Konferenzort gesehen hätte. Frankreich hat außerdem erreicht, daß der Konferenzbeginn verschoben wurde. Die französische Regierung hat zwar vermiehen, zu dem Datum des 25. Januar ihre offizielle Zustimmung zu erklären. Bisher ist im letzten Stadium der Konferenzvorbereitung aber immer nur vom 25. Januar die Rede gewesen, und Frankreich hat schon durch sein Stillschweigen sein Einverständnis kundgegeben. Nun scheint es jedoch, daß wegen des Datums neue Schwierigkeiten aufgetaucht sind. Man spricht schon davon, daß infolge des französischen Sträubens mit einer erneuten Verschiebung der Konferenz zu rechnen sei. Dieser Eindruck beruht vorläufig auf ausländischen Stimmen, die die Möglichkeit andeuten, daß England nichts anderes übrig bleiben werde als die Einladung zur Lausanner Konferenz zurückzuziehen. Auch wenn diese Ankündigungen sich bestätigen, kann kein Zweifel darüber sein, daß die Reichsregierung mit aller Entschiedenheit gegen eine erneute Verschiebung der Konferenz ist.

### Italienische Pressestimmen zur Savarede

Rom, 20. Jan. Die Regierungserklärung Savaris findet in Italien eine ausgesprochen schlechte Presse. Die Blätter warnen davor, es mit der Unnachgiebigkeit zu weit zu treiben, da Europas Schicksal auf dem Spiel stehe. Ob Frankreich gegen ganz Europa standhalten könne, werde man bald sehen, meint das „Lavoro Fisica“. Savari solle nicht von freiwillig abgeschlossenen Verträgen sprechen, denn man wisse ganz genau, mit welcher „Freiheit“ in Versailles, im Haag und in Spa verhandelt worden sei. Aus wahrstimmiger Angst vor der Einbuße seiner politischen und finanziellen Vorherrschaft lehne Frankreich seine Beihilfe an dem Wiederaufbau Europas ab.

### „Das Geheimnis von Lausanne“

London, 20. Januar. „Das Geheimnis von Lausanne“ beschäftigt die öffentliche Meinung lebhaft. „Official“ findet die Konferenz, wie herangezogen wird, nächste Woche statt, „official“ ist die Lage unklarer als je und „unofficial“ wird die Konferenz nicht, wie vorgesehen war, am Montag beginnen. Inzwischen behält die britische Regierung weiterhin die Lage und legt ihren Gedanken austausch mit den interessierten Regierungen fort. Die Berliner Meldung über die Möglichkeit einer baldigen Zusammenkunft zwischen MacDonald und Savari wird hier amtlich nicht bestätigt. — In unterrichteten Londoner Kreisen wurde heute darauf hingewiesen, daß Savaris Ersuchen an die Beteiligten Staaten um eine Definition ihrer Haltung gegenüber den Schuldnerstaaten im Falle einer Ausdehnung des deutschen Moratoriums über den Hoover-Periode hinaus „keinen gemeinsamen

Appell der Schuldnerstaaten, sondern eine individuelle Anfrage von Seiten Frankreichs“ darstellt.

### „Die Lausanner Konferenz kann am 25. Januar nicht stattfinden“

London, 20. Jan. Das Foreign Office veröffentlicht ein Communiqué, in dem es heißt: Die Verhandlungen zwischen den an der Lausanner Konferenz hauptsächlich interessierten Regierungen sind noch nicht beendet. Es liegt auf der Hand, daß die Konferenz nicht schon am 25. Januar, dem provisorisch festgesetzten Datum, eröffnet werden kann. Weitere Verhandlungen finden gegenwärtig statt. Die britische Regierung hofft, daß binnen wenigen Tagen eine befriedigende Vereinbarung über das einschlägigste Verfahren zustande kommt.

### Aufschub der Hauptfragen auf jeden Fall Die englische Presse über das Schicksal der Lausanner Konferenz

London, 20. Januar. Die Blätter schildern heute die völlige Verwirrung, die wegen der geplanten Reparationskonferenz herrscht, bräuen aber die Hoffnung aus, daß die interessierten Mächte sich in irgendeiner Weise einigen werden. Sie stellen fest, daß Deutschland mit einer bloßen Verlängerung des Moratoriums nicht einverstanden ist und auf einem Zusammentritt der Konferenz beharrt, daß aber andererseits vor Abschluß der französischen Kammerdebatte eine Klärung der Lage ummöglich sei. Die Blätter halten es für ausgemacht, daß mit oder ohne Konferenz in Lausanne ein Aufschub der Hauptfragen erfolgt. „Daily Mail“ und „Daily Express“ lehnen eine Beseitigung der deutschen Reparationsverpflichtungen ab. „Times“ betont, daß weder eine „gemeinsame Front“ von Gläubigern gegenüber Deutschland noch eine „gemeinsame Front“ von Schuldner gegenüber Amerika gebildet worden sei. Die britische Regierung wünsche dringend eine freie Vereinbarung zwischen Gläubigern und Schuldner. „Daily Telegraph“ betont, daß Savaris gestrige Erklärung die Dinge auf den toten Punkt bringe. In erster Linie sei eine vernünftige Haltung Deutschlands und Frankreichs notwendig, denn irgendwie müßten die europäischen Mächte es fertig bringen, an die Arbeit zu gehen. „Morning Post“ fährt aus, daß eine endgültige Reparationsvereinbarung die Ver-

pflichten Frankreichs berücksichtigen müsse, daß Deutschland durch Streckung seiner Verpflichtungen zu mächtig werden könnte. Andererseits müsse England aber auch angesichts seiner großen Darlehen an Deutschland an die verhängnisvollen Folgen eines deutschen Zusammenbruchs denken. Die „News Chronicle“ erklärt, die einzige Rechtfertigung für eine Vertagung der Konferenz wäre der vorherige Abschluß einer grundsätzlichen allgemeinen Vereinbarung, über deren Einzelheiten später verhandelt werden könnte.

### Ohne Amerika

#### Amerikanische Mitteilung an Frankreich in der Kriegsschuldenfrage

Washington, 19. Januar. Die Vereinigten Staaten haben durch Botschafter Edge Frankreich mitgeteilt, daß Europa das Schuldenproblem ohne Eingreifen des Vereinigten Staaten regeln müsse.

### Die Schädlichkeit der Reparationszahlungen

London, 21. Januar. „Daily Mail“ hatte sich in ihrem gestrigen Leitartikel, in dem sie für Beibehaltung der Reparationen eintrat, auf die Londoner Rede Sir Walter Ruggles vom 18. Januar berufen. Layton sprachte daraufhin dem Blatt eine längere Erklärung, worin es heißt, das Herausgreifen eines Teiles seiner Rede aus dem Zusammenhang gebe einen falschen Eindruck von seiner Haltung gegenüber dem Reparationsproblem. Er habe in seiner Rede ausgesprochen, daß es viel besser für alle Beteiligten einschließlich Englands wäre, wenn die politischen Zahlungen vollkommen annulliert würden. Layton bespricht dann die überaus schädlichen Wirkungen der Reparationen und zieht aus dieser Darlegung folgende Schlussfolgerungen: 1. Es ist viel besser, die Kriegsschulden zu annullieren, als das Risiko einer neuen Störung nach dem Vorbild der beiden letzten Jahre einzugehen. 2. Es ist von größter Wichtigkeit, eine endgültige Regelung so schnell wie möglich zu erreichen, denn der Prozeß des Wiederaufbaues kann nicht beginnen, solange diese Zahlungsverpflichtungen über der Welt hängen. 3. Wenn es für die Beseitigung eines Weges zu einer allgemeinen Vereinbarung notwendig ist, daß einige Zahlungen geleistet werden, um bestimmte, besondere Ausgaben zu decken, dann sollten die von Deutschland bezahlten Summen so bescheiden sein, daß sie die Zahlungsbilanz des normalen Welthandels nicht ernstlich stören können. Layton betont schließlich, daß er im Einvernehmen mit seinen Kollegen vom Kaiserlichen Sachverständigenausschuss fest überzeugt sei, daß eine endgültige Festlegung der deutschen Verbindlichkeiten zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine dringende Notwendigkeit für die Erholung der Welt sei.

# Französische Hirngespinnste

Unzutreffende Mitteilungen zweier französischer Senatoren über angebliche Rüstungen Deutschlands

Paris, 20. Januar. Mit einer Regelmäßigkeit, die die Zweckmäßigkeit solcher Campagnen in reichlich durchsichtiger Weise enthüllt, tauchen immer dann, wenn die Reparations- oder Abwicklungsfragen erneut ernsthaft zur Diskussion stehen, in der französischen Presse aber auch im Rahmen der Verhandlungen der französischen Parlamentsausschüsse Berichte über angebliche deutsche Geheimrüstungen und Verstärkungen der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages auf. Von diesem Gesichtswinkel aus sind auch die heutigen Ausführungen der Senatoren General Bourgeois und Cecard zu werten. Nach einem amtlichen Communiqué über den Verlauf der bereits kurz gemeldeten Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten suchte General Bourgeois nachzuweisen, daß Deutschland entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages eine gewaltige Armee vorbereite, und zwar durch die jährliche Ausbildung einer großen Zahl von Unteroffizieren, die aus der Reichswehr, sobald sie ausgebildet seien, auszuscheiden, um neuen Rekruten Platz zu machen sowie durch Fortbildung von Offizieren sowohl in der Reichswehr als in besonderen Schulen, die durch Vertrag verboten seien. Deutschland könne im Konfliktfall eine echte Staharmee von beträchtlicher Stärke aufstellen, die Verpficht glänzend durchgeführt sei und deren militärischer Geist in häufigen Zusammenkünften der neuen Einheiten mit den alten Kadern der aufgelösten Regimenter gepflegt werde. — Diese Ausführungen des französischen Generals sind nichts als eine Wiederholung der seit der Schaffung der Reichswehr und ihrer Bestimmungen über die Zusammenfassungen des Offizierskorps und der Mannschaften teils frei erfundenen, teils in demüßiger Selbstgefälligkeit ausgesprochenen Behauptungen. Dasselbe gilt von den weiteren Ausführungen des Generals Bourgeois über die angebliche Fähigkeit der deutschen Industrie, im gegebenen Fall die technische Ausrüstung des Meeres in kürzester Frist zu schaffen. — Dem amtlichen Communiqué zufolge behauptete General Bourgeois weiter, daß die Vorbereitung auf den Krieg in Deutschland von einer sehr aktiven Propaganda der Kavallerie begleitet werde, daß die Kinder in den Schulen in diesem Sinne unterrichtet würden und daß gewisse Schulbücher sogar zu diesem

Zweck abgefaßt worden seien. Wenn General Bourgeois erklären zu können glaubt, daß eine derartige Propaganda für den Krieg getrieben werde, darf wohl gefragt werden, auf welche Angaben eigentlich Herr Bourgeois diese Behauptungen stützen will. Die Parteien des deutschen Volkes, die zu der gegenwärtigen Reichsregierung in Opposition stehen, sind nicht minder friedensgemäß als die Mehrheit des deutschen Volkes, die die französische Außenpolitik des Kabinetts Brüning kritisiert. — Was von den Behauptungen des Generals Bourgeois gesagt worden ist, gilt ebenso von denen des Cecard. Dieser hat dem amtlichen Communiqué zufolge im Ausschuss behauptet, daß die Militärtausgaben im deutschen Budget verstreut und verstreut und in Wirklichkeit höher seien, als angegeben werde. In Wirklichkeit sei mehr als die Hälfte des Budgets für rein militärische Ausgaben bestimmt und das Pensumsbudget diene tatsächlich hauptsächlich zur Beförderung der mit militärischen Arbeiten beschäftigten Reserveoffiziere. — Demgegenüber ist mit aller Deutlichkeit festzustellen, daß die Behauptungen über Verkleinerung der eigentlichen Ausgaben für die Reichswehr durch Verschlebung der Staatseinnahmen einer jeden Grundlage entbehren und eine bewusste Verfälschung der französischen öffentlichen Meinung sind.

### Dingeldey an Mahraun

Berlin, 21. Januar. Reichstagsabgeordneter Dingeldey hat, der Nationalliberalen Korrespondenz zufolge, zu dem Vorschlag des Jungdeutschen Ordens, die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten durch einen Volkentscheid in die Wege zu leiten, in einem Schreiben an Arthur Mahraun Stellung genommen. Abgeordneter Dingeldey stellt fest, daß die Deutsche Volkspartei die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs für eine dringende innen- und außenpolitische Notwendigkeit ansehe. Deshalb habe sie trotz